

V0784/22

Förderung von Photovoltaikanlagen und Solaranlagen
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 29.09.2022-

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 29.11.2022

Die SPD-Fraktion werde dieses Förderprojekt unterstützen, teilt Stadtrat Witty mit. Es sei lediglich die Frage aufgekommen, ob im Vorhinein geprüft worden sei, ob die Förderung sozial gerecht gestaffelt oder anderweitige Kriterien zu Rande gezogen werden sollen. Die explizite Frage wäre dann, ob dies sehr viel mehr Verwaltungsaufwand zur Folge hätte. Seiner Einschätzung nach habe solch ein Vorgehen einen großen Verwaltungsaufwand zur Folge. Deswegen halte Stadtrat Witty es für sinnvoller, das Gießkannenprinzip in die Wege zu leiten, was auch dem entspreche, was die Förderung in Sachen Ökologie und Klimaschutzmaßnahmen bewirken wolle und eher weniger auf sozialer Ebene zu argumentieren. Hierzu würde ihn interessieren, welche Überlegungen es im Vorfeld gab.

Bürgermeisterin Kleine bestätigt, dass es Überlegungen zum sozialen Aspekt gegeben habe. Der Erfolg des Lastenfahrrad-Programmes spreche für sich. Vor vielen verschiedenen Kitas seien tatsächlich wesentlich mehr Lastenfahrräder zu sehen, weil die Familien ihre Kinder mit diesem Fahrzeug dort hinbringen und wieder abholen. Zudem erläutert Sie, dass eine qualitative Evaluation gezeigt habe, dass die Behauptung sich bewahrheitet habe, dass im Stadtverkehr das Lastenfahrrad eine wesentlich praktischere Alternative zum Auto sei. Deswegen würde die Stadt Ingolstadt dieses Programm gerne fortführen. Weiter bestehe der Verdacht, dass man in Anbetracht der hohen Restkaufsumme für ein Lastenrad eher die Besserverdienenden unterstütze, so Bürgermeisterin Kleine. Tatsächlich werde ein Lastenrad jedoch gekauft, um keinen Erst- oder Zweitwagen kaufen zu müssen und dies sei der positive Effekt für klimafreundliche Mobilität. Bei der Förderung der Mini-Solaranlagen habe man im Vorfeld mit den Stadtwerken Ingolstadt abgesprochen, welche das Programm gerne mitunterstützen würden, da dieses einen positiven Effekt auf die Stromerzeugung habe. Der Vorschlag wäre, die Kosten für die Einrichtung dieses besonderen Zählers, welchen man für die Mini-Solaranlagen brauche, den Geförderten aus dem Programm sowie auch anderen auf 0,00 Euro zu setzen. Dieses Thema soll bereits morgen im Aufsichtsrat der Stadtwerke Ingolstadt behandelt werden. Die dazugehörige öffentliche Vorlage sei ebenfalls bereits online einsehbar, informiert Bürgermeisterin Kleine. Die maßgeblichen Akteure würden von beiden Seiten unterstützend wirken und die Stadt Ingolstadt würde das Projekt als Kommune fördern. Das Thema sei ihr ein ganz wichtiges Anliegen, weil die Stadt Ingolstadt nur einen direkten Einfluss auf etwa 20% der CO₂ Ausstöße habe. Ein großer Teil der Klimainvestitionen liege bei den privaten Haushalten und die Stadt Ingolstadt erwarte sich von diesem kleinen Förderprogramm nicht nur eine tatsächliche CO₂-Minderung, sondern auch einen aktivierenden Impuls in die privaten Haushalte und in die Bürgerschaft zu senden, die dann mit dieser einen geförderten und durch den Gebührenerlass besondere Maßnahme über weitere Maßnahmen nachdenken sollen. Zusätzlich sei dies eine unterstützende Werbeaktion, betont Frau Bürgermeisterin Kleine, denn ohne die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger könne man die Klimaziele nicht erreichen. Man hätte auch eine Zahl vorgetragen können, die aus dem Journalismus komme; nämlich vom Bayerischen Rundfunk, der ausgerechnet hätte, wie viel die Investitionen für die Klimaneutralität in Bayern kosten würden. Man habe es anschließend auf die Einwohnerzahl von Ingolstadt umgerechnet und die Dimensionen, die es an Investitionen bräuchte, um wirklich Klimaneutralität zu erreichen, würden ungefähr bei 1,5 Mrd. Euro bis 2035 liegen, die von den Akteuren, den Unternehmen, aber auch aus der Bürgerschaft erbracht werden müssten. Dabei wirft Bürgermeisterin Kleine die Frage auf, was

es, nachdem man die vorherigen Zahlen betrachtet hätte, kosten würde, 250 Mini-Solaranlagen mit einem Zuschuss von 200 Euro zu fördern. Ihrer Einschätzung nach würde dies einen Impuls für Investitionen in privaten Haushalten mit einem Investitionsvolumen von 325.000 Euro bewirken, die direkt in die Klimaneutralität in den nächsten drei Jahren fließen würden. Der dritte Förderpunkt, so erklärt sie weiter, wäre der Stromsparcheck, mit dem die Stadt Ingolstadt schon Erfahrung habe. Bei diesem gehe es gerade um die Beratung der einkommensschwachen Haushalte. In der ersten Beratungsrunde sei es nur das Ziel, aufzuzeigen, wo sich „Stromfresser“ im Haushalt befinden und welches Einsparpotenzial es gäbe. Sie ergänzt, dass dies gerade in Zeiten der Ukraine-Krise ein Thema sei und mit dem Stromsparcheck nicht nur die stromsparenden LED-Leuchten in die Haushalte, sondern gegebenenfalls von dieser Initiative ein Zuschuss käme. Zudem sei der Vorschlag angedacht, mit der Caritas Augsburg zu kooperieren, damit diese die Ingolstädter Haushalte vor Ort mit ihrem Sammelpaket beraten könnte. Die Stadt Ingolstadt sollte sich hierzu zumindest an den Fahrtkosten beteiligen. Ein Vergleich mit der Stadt Augsburg habe gezeigt, dass diese zusätzlich 100 Euro aus Haushaltsmitteln pro Gerät beisteuern würden, sodass es ein „Doppelzuschuss“ für einkommensschwache Haushalte geben würde. In Ingolstadt wäre solch ein Unterfangen laut ihr durch die Stromsparcheck-Initiative und zudem aus dem Fonds der Stadt Ingolstadt umsetzbar. Klimaschutz sei auch eine soziale Frage und es gehe konkret darum, Energieeinsparungen in Haushalten zu ermöglichen und Raum für dringend notwendige Investitionen für energiesparende Geräte zu unterstützen. Wenn man das Budget ausschöpfen würde und von dort diese 45.000 Euro zulegen würde, dann würde ein privates Investitionsvolumen von 90.000 Euro frei werden und somit in den Markt übergehen. Sie betont, dass dies eine Betrachtungsweise gerade im Hinblick auf Stadtrat Dr. Meyer, der des Öfteren Fragen zu den Auswirkungen auf den Markt aufwerfe, sei. Man habe laut ihr von Seiten der Stadtverwaltung versucht, eine Perspektive unter der Zielmarke von 1 Mrd. Euro, die in den nächsten Jahren in den Klimaschutz zu investieren seien, zu erarbeiten und dabei Effizienz und Handlungsfelder betrachtet. Das Lastenrad würde in das schwierigste Handlungsfeld „Verkehr“ fallen. U zusätzlicher Betrachtung von sozialen Kriterien sei dieses Paket entstanden.

Stadtrat Dr. Meyer erachte es als sinnvoll, den Antrag zurück in die Fraktionen zu verweisen, da er Änderungsvorschläge vorbringen möchte. Zu Punkt 1 „Balkonkraftwerk“ habe er den Vorschlag, dass man wie die Stadt Erlangen eine bestimmte Art von Balkonkraftwerken mit beispielsweise 400 Watt Peak (Spitzenleistung), die nicht nur den Mehraufwand, sondern auch „Stromfresser“ bedienen würde, fördere und eben nicht pauschal 200 Euro für alle Kraftwerke. Eine Alternative zudem sei eine gestaffelte Förderung abhängig von Sorte und Leistung anzudenken. Zu Punkt 2 „Lastenrad“ zeigt er sich kritisch und gibt zu bedenken, dass der Zweiradindustrieverband, der immerhin 90 % aller deutschen Betriebe vertrete, bereits 2020 als Rekordjahr bezeichnet habe und es trotzdem 2021 eine Steigerung bei Elektrobetrieben von 62 % und bei ohne externen Antrieb 100 % des Absatzes gegeben habe. Man solle eben keine Wachstumsmärkte fördern. Herr Stadtrat Dr. Meyer fährt fort, dass es sein Plädoyer sei, die 200.000 Euro zielgerichteter wie in Punkt 4 zu investieren. Gerade Punkt 3 halte er nicht für sinnvoll, denn eine „Abwrackprämie“ für weiße Ware würde man nicht für ökologisch sinnvoll halten, weil für ihn der Kosten-Nutzen-Faktor nicht stimme. Er erklärt, dass er im Gegenzug die Beratungsleistungen für besonders sinnvoll halte und man durchaus mehr Geld als die angedachten 5.000 Euro investieren solle. Als Alternative zur Verschrottung schlägt er vor, dass man die Haushalte mit „smarten“ (Algorithmus gesteuerten) Thermostaten für die Heizkörper ausstatten solle, denn dadurch ließen sich 10-15 % einsparen. Seiner Meinung nach sei dies ein effizienterer Weg. Die Förderrichtlinien zu prüfen halte er für sinnvoll. „Viel hilft viel“ letztendlich, stimmt er Bürgermeisterin Kleine zu, auch wenn es sehr teuer werde. Deswegen stelle er zwei Prämissen auf. Zum einen würde er es begrüßen, größere installierte Leistung mit beispielsweise 5 Kilowatt Peak zu fördern und zum anderen eine Verknüpfung mit der Bundesförderung herzustellen, denn dadurch würden sich gegebenenfalls Rohstoffe einplanen lassen. Zum Abschluss stellt er nochmal ausdrücklich dar, dass er es für besonders wichtig erachte, sich die städtische Tochter anzuschauen, weil eine reine Förderung ohne

Beratung und Fachkenntnis keinen Erfolg verspräche. Er bitte darum die Thematik der Energiewende-Tochter nochmals zu prüfen.

Die ernsthafte Prüfung, die Stadtrat Dr. Meyer bezweifle, finde in allen Punkten mit der Energieagentur statt, die nach herrschender Vorstellung in eine GmbH umgewandelt werden solle, versichert Bürgermeisterin Kleine. Die aktuelle Stagnation ergebe sich auch der Zusammenarbeit und den Gesprächen mit den Landkreisen, inwieweit sich diese an der Energieagentur GmbH beteiligen wollen. Zudem habe man mit der politischen Fraktion, d.h. den Landräten, neben dem Thema Klimaschutz auch die Wirtschaftsförderung besprochen, um das Modell wirtschaftsorientiert aufzustellen. Sie führt weiter aus, dass man gerade dabei sei, einen Businessplan zu erstellen und Leistungen zu definieren, indem auch kleinere und mittlere Unternehmen sowie die KMU berücksichtigt werden würden. Man könne davon ausgehen, dass sich nicht alle Landkreise beteiligen werden, aber ein Landkreis habe bereits sicher zugesagt und der Antrag zur Gründung werde vorbereitet. Bei der Stromsparscheckinitiative möge es den Eindruck erwecken, dass man mit 100 Euro einen Kühlschrank leichter weggebe. Aber der Punkt sei, dass man sich ausgebildete Fachberater aus Augsburg hole, die alle Geräte überprüfen würden und eine fachkundige Entscheidungshilfe über den Fortbetrieb des Gerätes geben könnten. Frau Bürgermeisterin Kleine bringt eine Anekdote vor, in der das Grünenbüro einen ca. zehn Jahre alten Kühlschrank ausgetauscht habe und somit auf einen Energieverbrauch von 10 % des vorherbenötigten Energieniveaus gekommen sei. Deshalb sei es ihr wichtig, dass von Seiten der Stadt ein Beitrag zur Transformation geleistet werde. Ähnlich sähe sie es bei dem Handlungsfeld „Verkehr“, in dem nicht nur die Stadt Ingolstadt, sondern auch andere Kommunen nur langsam vorankämen. Zudem betont sie, dass jeder PKW der ersetzt werden könne, einen Beitrag zur besseren Luft als auch zu mehr Raum für Pendler leisten könne. Ihrer Meinung nach sei das der richtige Schritt in die richtige Richtung und deshalb solle man im Haushalt den Klimaschutz berücksichtigen.

Stadträtin Klein weist darauf hin, dass bereits beantragt worden sei, die Sitzungsvorlage in die Fraktionen zurückzugeben und sollte man sich dazu entscheiden, würde sie es bevorzugen, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen. Sie sehe es bei aller Prüfung und Entscheidung als wichtig an, den dadurch hervorgerufenen Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten, denn es sei wenig sinnvoll, zwei verschiedene Programme aufzulegen, wenn dadurch der Verwaltungsaufwand überhandnehme. Zum Thema „Lastenräder“ erklärt Frau Stadträtin Klein, dass ihrer Meinung nach kaum ein sozialer Aspekt erfüllt sei und es viel mehr darum gehe, die Nachfrage zu unterstützen. Sie könne nachvollziehen, wie Frau Bürgermeisterin Kleine argumentiere, dass es auf den ersten Blick unabhängig vom Käufer darum gehe, die Anzahl der Lastenräder zu erhöhen, allerdings in Zeiten von Inflation, steigender Kreditzinsen aber auch steigender Energiekosten sich die Zielgruppe eher in die gehobenen Gesellschaftsschichten schieben werde. Ihrer Meinung nach sei es so, dass ein Lastenrad für viele Ingolstädter, unter anderem Familien, eine Ergänzung zum PKW sei, denn es würde nicht geprüft, ob dadurch ein KFZ eingespart würde. Denn gerade für Familien sei es wichtig, flexibel zu bleiben. Dazu wirft Frau Stadträtin Klein zwei Fragen auf, ob es zum einen möglich sei, das Lastenrad nach drei Jahren ohne Auswirkung auf die geleistete Förderung wieder fast zum gleichen Preis auf dem Gebrauchtmarkt zu veräußern und ein neues Modell über die Förderung zu kaufen oder ob solche Praktiken im Vorfeld ausgeschlossen seien.

Herr Schneider antwortet darauf, dass die Preise am Gebrauchtmarkt nicht überprüft werden, aber man davon ausgehen könne, dass die Preise nach drei Jahren Haltefrist durchaus gesunken seien. Zudem bestehe die Möglichkeit auch ein Gebrauchtrad zu fördern. Er stellt klar, dass im Donaukurier bereits von einem Abschwung auf dem Markt gesprochen worden sei und zudem habe man die Förderrichtlinien bezüglich der Anzahl der förderfähigen Räder von drei auf eins gesenkt.

Bürgermeisterin Kleine greift das Thema des Personalbedarfs auf und erklärt, dass man Synergieeffekte aus dem Stromsparscheckinitiative aus der Arbeit der Caritas Augsburg ziehen werde und die Arbeit nur darin bestehe die durch die Energieberater festgestellte Förderfähigkeit zu bestätigen. Die Alternative wäre gewesen, selbst eine durch das Bundesförderprogramm geförderte Stromsparscheckinitiative zu gründen und eigene Energieberater auszubilden. Die Arbeitsbelastung für die Bearbeitung von Lastenräder liege ja bereits vor und man könne hier auf bereits vorhandenes Personal zurückgreifen.

Herr Schneider ergänzt, dass im Förderprogramm ein Öko-Bonus enthalten sei, für den man für die Vorlage des PKW-Abmeldescheins oder einer Verkaufsbestätigung 500 Euro extra erhalten würde, welcher bereits gut angenommen geworden sei. Er stimmt Frau Stadträtin Klein zu, dass in der Regel auf den Zweit- oder Dritt-PKW verzichtet würde, aber insgesamt seien es ein Drittel aller Fahrzeugverkäufer gewesen, die diesen Bonus in Anspruch genommen hätten.

Stadträtin Klein betont, dass sie die Thematik durchaus differenzierter sehe und sie sich die Frage stelle, ob es die Möglichkeit gebe, einen nichtfahrtüchtigen Dritt- oder Viertwagen einzureichen und sich nach Erhalt der Prämie einen Neuwagen zu holen und ob es eine Nachweispflicht nach beispielsweise drei Monaten gebe, denn sie empfinde es als schwer überprüfbar.

Herr Schneider antwortet, dass es niemals möglich sei, Förderrichtlinien so zu gestalten, sodass jeglicher Missbrauch ausgeschlossen sei. Zudem könne man Förderungen dadurch umgehen, indem beispielsweise der Ehemann die Prämie erhalte und die Ehefrau sich das neue Auto kaufe.

Bürgermeisterin Kleine legt dar, dass es nicht förderlich sei, mit einem Förderprogramm Unbehagen bei den Antragstellern hervorzurufen. Zudem solle man sich als Stadt Ingolstadt überlegen, in welchen Bereichen - Energiewende und Verkehrswende - man Förderprogramme auflegen solle. In beiden Bereiche könne man laut Bürgermeisterin Kleine viele Punkte wie ÖPNV-Ausbau oder kleine gezielte Maßnahmen aufgreifen und beide Bereiche unterstützen. Weiter wäre es eine gute Idee, die geförderten Fahrräder mit einem Aufkleber zur besseren Sichtbarkeit zu versehen. Zudem stellt Sie dar, dass 100.000 Euro im Vergleich zu anderen Projekten wie vergleichsweise Urban Air Mobility eher gering wirken würden. Abschließend bittet sie darum, sich in den Fraktionen nochmals zu beraten. Sie würde sich mit den Stadtwerken bezüglich der Förderung anhand von Mindestleistung des Balkonkraftwerk abstimmen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf fasst zusammen, dass über den Antrag heute nicht abgestimmt werde, sondern dieser zurück in Fraktionen gehe.

Abschließend ergreift Herr Stadtrat Böttcher das Wort und merkt an, dass Lastenfahrräder durchaus ein interessanter Trend, seien aber er glaube, dass die Kaufentscheidung nicht unmittelbar mit der Förderung zusammenhänge. Zudem befürworte er, dass der Antrag zurück in die Fraktionen gehe.

Der Antrag der Verwaltung wird zurück in die Fraktionen verwiesen.